

**Zur personellen Einkommensverteilung
in Deutschland 1993:**

**Fortsetzung des Trends zunehmender
Ungleichheit**

Irene Becker

Arbeitspapier Nr. 13

Februar 1998

**Zur personellen Einkommensverteilung in Deutschland 1993:
Fortsetzung des Trends zunehmender Ungleichheit**

Irene Becker

Johann Wolfgang Goethe - Universität, Frankfurt am Main

1. Skizzierung der Fragestellung und Vorgehensweise	1
2. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993	4
3. Die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen 1993	7
4. Veränderungen der Verteilungssituation in Westdeutschland gegenüber der Zeit kurz vor der Wiedervereinigung	12
5. Gegenüberstellung der EVS-Ergebnisse mit Ergebnissen des Sozio- ökonomischen Panels	14
6. Zusammenfassung und Ausblick	17
Literaturverzeichnis	18

1. Skizzierung der Fragestellung und Vorgehensweise

Das Bild über die Einkommensverteilung und ihre Entwicklung in Deutschland seit der Wiedervereinigung ist so diffus wie die methodischen Ansätze vielfältig sind. Je nach Einkommenskonzept, Bezugseinheit und empirischer Grundlage ergeben sich abweichende Ergebnisse und entsprechend unterschiedliche Bewertungen der Verteilungssituation und ihrer Veränderungen. So kommt Claus Schäfer (1997) insbesondere auf der Basis von Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, der Verdienststatistik und der Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zu dem Schluß einer seit Jahren deutlich zunehmenden Schieflage in der funktionellen Einkommensverteilung sowie in der Verteilung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit. Auf der Ebene der Haushaltsnettoeinkommen zeigen sich für Westdeutschland einerseits ähnliche Anzeichen einer - nicht erst in den neunziger Jahren - gestiegenen Ungleichheit der Verteilung zwischen nach der sozialen Stellung der Bezugsperson abgegrenzten Haushaltsgruppen.¹ Andererseits ist „kein genereller Konzentrationsprozeß (ohne Einbeziehung der neuen Länder und Berlin-Ost) festgestellt worden“ (Hertel, J. (1997), S. 58).² Aus der Analyse von Hertel (1997) geht allerdings auch hervor, daß sich hinter der weitgehenden Stabilität der Gesamtverteilung der Haushaltsnettoeinkommen einige Veränderungen in den gruppenspezifischen Verteilungen einzelner Haushaltstypen verbergen. So scheinen von der Entwicklung zwischen 1988 und 1993 insbesondere kleine Haushalte zu Lasten von Familien mit Kindern begünstigt worden zu sein - ein Indiz, daß sich die personelle Einkommensverteilung anders als die Nettoeinkommensverteilung der Haushalte entwickelt haben könnte. Diese Vermutung wird in verschiedenen Untersuchungen auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP)³ bestätigt. Zur Erfassung der Verteilung von Einkommen auf Personen werden dabei die Haushaltsnettoeinkommen unter Berücksichtigung der Haushaltsgröße und -struktur in sog. Nettoäquivalenzeinkommen umgerechnet⁴. Im Gegensatz zum einfacheren Ansatz von Pro-Kopf-Einkommen werden durch die gewählte Äquivalenzskala altersspezifische Bedarfsunterschiede der einzelnen Haushaltsmit-

¹ Vgl. Schäfer, C. (1997), Schaubild 1 (S. 678) und S. 679 f.; dieses Ergebnis basiert auf einer Gruppenanalyse des Statistischen Bundesamtes (1994), die für die Jahre 1994, 1995 und 1996 vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut in der Hans-Böckler-Stiftung fortgeschrieben wurde.

² Diese Aussage basiert auf einer Mikrodatenanalyse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1988 und 1993.

³ Aufbau und Informationsgehalt des Sozio-ökonomischen Panels werden ausführlich beschrieben in: Schupp, J., G. Wagner (1991) und Wagner, G., J. Schupp, U. Rendtel (1994).

glieder sowie Haushaltsgrößenparnisse berücksichtigt. In Verteilungsanalysen für Deutschland wird überwiegend auf die sogenannte Sozialhilfeskala, die aus den Regelsatzproportionen des Bundessozialhilfegesetzes abgeleitet ist,⁵ oder auf die „ältere“ OECD-Skala, bei der Haushaltsgrößenparnisse etwas stärker berücksichtigt werden,⁶ zurückgegriffen. Nach dem Konzept der Nettoäquivalenzeinkommen ergibt sich aus dem SOEP sowohl für West- als auch für Ostdeutschland eine Zunahme der Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung, wobei die Veränderungen in den neuen Ländern wesentlich stärker sind als in den alten Ländern. Dennoch ist die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen in den neuen Ländern nach wie vor gleichmäßiger als in den alten Ländern. Die Ergebnisse der Analysen des SOEP differieren allerdings mit der gewählten Äquivalenzskala. So kommt Hauser (1997) unter Verwendung der „älteren“ OECD-Skala zu einer deutlicheren Zunahme der Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung⁷ als Frick, Krause und Wagner (1997)⁸ auf der Basis der (unkorrigierten) Sozialhilfeskala.

Im folgenden soll die Frage nach der personellen Einkommensverteilung im wiedervereinigten Deutschland unter etwas anderen Aspekten und von daher auf der Basis einer anderen Mikrodatenquelle erörtert werden. Während die vorliegenden, aus dem SOEP abgeleiteten Ergebnisse am monatlichen Haushaltsnettoeinkommen zum Befragungszeitpunkt⁹ anknüpfen („income screener“), wird hier am Jahreseinkommen als der Summe aller im Jahresablauf anfallenden Einkommensarten des Haushalts angesetzt. Damit werden auch einmalige und unregelmäßige Einkommen (z. B. Zinseinkünfte, Einkünfte aus Gelegenheitsjobs) sowie während der Erhebungsperiode auftretende Einkommensschwankungen erfaßt und die materielle Situation der Haushalte wahrscheinlich vollständiger wiedergegeben als mit dem monatsbezogenen Erhebungskonzept. Beim Übergang von der Verteilung der Haushaltsnettoeinkom-

⁴ Zum Konzept der Äquivalenzeinkommen und zu den vielfältigen methodischen Ansätzen zur Ableitung einer Äquivalenzskala vgl. insbes. Faik, J. (1995) und die dort angegebene Literatur; Hauser, R. (1996), S. 25-28; Hauser, R., J. Faik (1996); sowie Faik, J. (1997).

⁵ Nach der Sozialhilfeskala erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1,0; weitere Haushaltsmitglieder werden in Abhängigkeit vom Alter und bei Vorschulkindern auch vom Familientyp folgendermaßen gewichtet: bis 6 Jahre: 0,50 (0,55 bei Alleinerziehenden); 7 bis 13 Jahre: 0,65; 14 bis 17 Jahre: 0,90; ab 18 Jahre: 0,80 (Regelsatzproportionen ab 1990).

⁶ Danach wird der Haushaltsvorstand mit 1,0, jedes weitere Haushaltsmitglied ab 15 Jahren mit 0,7, jedes Kind bzw. jeder Jugendliche bis einschließlich 14 Jahre mit 0,5 gewichtet. Die Bezeichnung dieser Skala als „ältere OECD-Skala“ ergibt sich daraus, daß sie häufig in früheren international vergleichenden Untersuchungen verwendet wurde. In neueren international vergleichenden Verteilungsanalysen dominiert allerdings eine Skala mit noch geringeren Gewichten für weitere Haushaltsmitglieder (bzw. mit noch stärkerer Berücksichtigung von Haushaltsgrößenparnissen): 0,5 ab 15 Jahren, 0,3 für jüngere Personen („neuere“ OECD-Skala).

⁷ Vgl. in diesem Zusammenhang auch Hauser, R., I. Becker (1996); Hauser, R., I. Becker (1998); Becker, I., R. Hauser (1998).

⁸ Vgl. auch Habich, R., P. Krause (1997) und Krause, P., G. Wagner (1997).

⁹ Der Befragungszeitpunkt lag jeweils im Frühjahr, für Ostdeutschland 1990 im Juli.

men zur personellen Einkommensverteilung wird die ältere OECD-Skala herangezogen, da sie nach einer neueren Untersuchung am ehesten der im Bundessozialhilfegesetz verankerten Norm entspricht.¹⁰ Des weiteren soll der Blickwinkel auf einen längerfristigen Zeitraum erweitert werden und Vergleiche der Einkommensverteilung in Westdeutschland nach der Wiedervereinigung mit der Situation in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren erlauben. Beide Aspekte sind nur auf der Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993 zu verfolgen. Denn die EVS werden bereits seit 1962/63 in ungefähr fünfjährigem Turnus durchgeführt; die Daten werden durch kontinuierliche Aufzeichnungen der Befragten über Einnahmen und Ausgaben während der einjährigen Erhebungsperiode erfaßt. Der „Preis“ für das umfangreiche Erhebungsprogramm bei einem ebenfalls relativ großen Stichprobenumfang - 1993: ca. 56000 Haushalte - ist allerdings der große zeitliche Abstand zwischen den einzelnen Erhebungen und ein gewisses „Nachhinken“ in der Aktualität; die jetzt verfügbaren anonymisierten Individualdaten sind mittlerweile 4 Jahre alt.

Zur Beobachtung der langfristigen Verteilungsentwicklung in Westdeutschland ist eine analytische Trennung von Ost- und Westdeutschland im Jahr 1993 erforderlich. Auch zur Beschreibung der Verteilungssituation in den neunziger Jahren wird bisher meist von zwei Teilen Deutschlands ausgegangen; diese Sichtweise ist allerdings keineswegs zwingend. Einerseits sprechen zwar der - insbesondere kurz nach der Wiedervereinigung - große Abstand zwischen dem Wohlstand in den alten Bundesländern und dem in den neuen Ländern erreichten mittleren Einkommen sowie die immer noch unterschiedlichen Lohn- und Produktivitätsniveaus dafür, von zwei Teilgesellschaften auszugehen. Zudem werden die jeweils spezifischen Verteilungssituationen in Ost und West nur bei einer entsprechenden analytischen Trennung sichtbar. Andererseits wird aber innerhalb von Westdeutschland nicht nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bundesländer differenziert. Zudem sind vom Gesetzgeber viele Sozialleistungsregelungen auf westlichem Niveau in die neuen Bundesländer übertragen worden (Sozialhilfe, Familienlastenausgleichleistungen), und auch die subjektive Meßlatte zur Einordnung der eigenen wirtschaftlichen Position scheint sich in Ostdeutschland eher am westdeutschen als am ostdeutschen Durchschnittseinkommen zu orientieren¹¹. Diese Ge-

¹⁰ Nach einer empirischen Untersuchung der Haushaltsbudgets verschiedener Einkommensgruppen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben hat sich gezeigt, daß die ältere OECD-Skala den Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes eher entspricht als die einfache Sozialhilfeskala; denn letztere orientiert sich ausschließlich an den Regelsatzproportionen und vernachlässigt damit die haushaltsbezogene Wohnkostendegression; vgl. Hauser, R., J. Faik (1996). Nach der hier gewählten Skala wird dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1,0 zugeordnet, weitere Haushaltsmitglieder ab 15 Jahren werden mit 0,7, jüngere Haushaltsmitglieder mit 0,5 gewichtet.

¹¹ Vgl. Plug, E. J. S., P. Krause, B. M. S. Van Praag, G. G. Wagner (1997), S. 79, 85.

sichtspunkte legen eher eine Verteilungsanalyse für Gesamtdeutschland - ohne analytische Ost-West-Trennung - nahe; im Rahmen der Betrachtung von relativen Einkommenspositionen könnte sogar die Bezugnahme auf das westdeutsche Durchschnittseinkommen für beide Landesteile begründet werden. Im folgenden sollen beide Betrachtungsweisen eingenommen werden, um den verschiedenen inhaltlichen Fragestellungen Rechnung zu tragen.

2. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993

Ohne an dieser Stelle auf das Erhebungskonzept und den Repräsentationsgrad der Einkommens- und Verbrauchsstichproben näher eingehen zu können¹², sollen doch einige Charakteristika dieser Datenquelle kurz skizziert werden, da sie die Aussagekraft der abgeleiteten Ergebnisse wesentlich determinieren. Die EVS 1993 mit gut 50 000 Stichprobenhaushalten¹³ (35,6 Mio. hochgerechnete Haushalte) ist die erste gesamtdeutsche Erhebung dieser Art, in der im Gegensatz zu den früheren EVS auch die Ausländerhaushalte einbezogen wurden. Damit sind alle Bevölkerungsteile mit Ausnahme der Anstaltsbevölkerung¹⁴ sowie der Bevölkerung ohne festen Wohnsitz (Nichtseßhafte, Obdachlose) vertreten. Die obersten Einkommensschichten sind allerdings nicht vollständig repräsentiert, da Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr pro Monat bzw. 420 000 DM und mehr im Jahr aus stichprobentheoretischen Gründen aus dem Datenmaterial ausgeschlossen wurden.¹⁵ Dies ist im Rahmen von Untersuchungen zur Einkommensverteilung ein besonderes „Handicap“, das aber mangels geeigneter Referenzstatistiken für die Spitze der Einkommenshierarchie bisher nicht behoben werden konnte. Der Mikrozensus liefert in diesem Zusammenhang keine weiterführenden Informationen, da das Haushaltsnettoeinkommen hier nur nach vorgegebenen Klassen erfragt wird und die oberste Klasse schon bei 7 500 DM beginnt. Die Einkommensteuerstatistik wiederum ist wegen der Anknüpfung an steuerrechtliche Einkommensbegriffe als Ergänzung der EVS kaum geeignet. Dennoch kann sie ungefähre An-

¹² Zum methodischen Ansatz und Stichprobendesign vgl. insbesondere Pöschl, H. (1993); zum Repräsentationsgrad und zu durchschnittlichen Einkommenswerten vgl. Hertel, J. (1997); zu Haushalten im Niedrigeinkommensbereich vgl. Kaiser, J. (1997); zu den Lebensverhältnissen von Einpersonenhaushalten vgl. Guttmann, E. (1997); zu Einkommen und Ausgaben von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten vgl. Münnich, M. (1997).

¹³ Zunächst waren fast 60 000 Haushalte in die Erhebung einbezogen, von denen aber 9 371 im Verlauf der einjährigen Erhebungsperiode ausschieden. Vgl. Pöschl, H. (1993), S. 389 i. V. m. Statistisches Bundesamt (1997b), S. 44 f..

¹⁴ Personen in Wohnheimen, Kasernen, Altenheimen, Justizvollzugsanstalten etc..

¹⁵ Die Besetzungszahlen sind in diesem Einkommensbereich so gering, daß der Fehlerspielraum von hieraus abgeleiteten Ergebnissen zu groß wäre. Die „Abschneidegrenzen“ der früheren EVS lagen bei 25 000 DM (1983 und 1988), 20 000 DM (1978), 15 000 DM (1973) und 10 000 DM (1969).

haltspunkte über die Zahl der in der EVS nicht erfaßten Haushalte mit den höchsten Einkommen liefern. Nach der Lohn- und Einkommensteuerstatistik ergab sich 1992 bei knapp 80 000 Steuerpflichtigen ein Gesamtbetrag der Einkünfte von 500 000 DM und mehr¹⁶. Um die Bruttoeinkommensgrenze - bei Vernachlässigung von Sozialversicherungsbeiträgen - in die entsprechende Nettoeinkommensgrenze umzurechnen, müßte der Durchschnittsteuersatz für diesen Grenzwert bekannt sein. Er wird hier mit 37,5% angenommen; dieser Wert liegt in der Mitte zwischen den Durchschnittsteuersätzen der Einkommensgruppe unterhalb (Gesamtbetrag der Einkünfte von 250 000 bis unter 500 000 DM) und der Gruppe oberhalb (Gesamtbetrag der Einkünfte von 500 000 bis unter 1 Mill. DM) von 500 000 DM. Daraus ergibt sich für 1992 ein auf das Nettoeinkommen bezogener Grenzwert von 312 500 DM im Jahr bzw. ca. 26 000 DM monatlich, der deutlich unter der „Abschneidegrenze“ der EVS 1993 (35 000 DM monatlich) liegt. Die Diskrepanz zwischen der geschätzten „Netto“-Einkommensgrenze des oberen Bereichs der Einkommensteuerstatistik und der EVS-„Abschneidegrenze“ vermindert sich allerdings tendenziell, wenn der Unterschied zwischen den Einkommenskonzepten beider Datenquellen berücksichtigt wird. Das Haushaltseinkommen der EVS umfaßt - im Gegensatz zum Gesamtbetrag der Einkünfte der Einkommensteuerstatistik - alle steuerfreien Einkommen, also insbesondere Transfers, und ist vor Abzug der diversen Verkürzungen der Steuerbemessungsgrundlage (Sonderabschreibungen, Verlustzuweisungen etc.)¹⁷ definiert. Darüber hinaus können in einem Haushalt mehrere Steuerpflichtige leben, beispielsweise ein zusammenveranlagtes Ehepaar und dessen erwerbstätiges Kind. Unter diesen Gesichtspunkten und unter Berücksichtigung des um ein Jahr späteren zeitlichen Bezugs der EVS ist es konsequent, daß das Haushaltsnettoeinkommen in der Abgrenzung der EVS höher ausfällt als der steuerrechtliche Gesamtbetrag der Einkünfte nach Abzug der festgesetzten Einkommensteuer bzw. Jahreslohnsteuer. Das Ausmaß dieser Diskrepanz für den hier zur Diskussion stehenden obersten Einkommensbereich ist ungewiß. Der Unterschied zwischen der „Abschneidegrenze“ der EVS 1993 und dem geschätzten „Netto“-Grenzwert für die fünf obersten „Brutto“-Einkommensgruppen der Einkommensteuerstatistik von ca. 9 000 DM pro Monat erscheint allerdings als recht groß; von daher dürfte die aus der Einkommensteuerstatistik abgeleitete Zahl von knapp 80 000 Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag

¹⁶ Vgl. hierzu und zu der folgenden Schätzung Statistisches Bundesamt (1997a), S. 536 f.

¹⁷ Das Bruttoeinkommen aus selbständiger Tätigkeit wird im Rahmen der EVS überwiegend als Restgröße ermittelt; es entspricht dann der Differenz zwischen der Summe der Ausgaben (ohne Betriebsausgaben), des privaten Sparens und der Schuldentilgung einerseits und der Summe der übrigen nicht aus dem Betrieb stammenden Einkommen und Einnahmen, des privaten Entsparens und der Verschuldung andererseits. Vgl. Statistisches Bundesamt (1997b), S. 15.

der Einkünfte von 500.000 DM und mehr ein oberer Grenzwert für die unbekannte Zahl der von der EVS nicht erfaßten Haushalte an der Spitze der Einkommenspyramide sein. Die Gruppe ist also relativ klein - sie macht nur 0,3% aller Steuerpflichtigen von 1992 aus -; der auf sie entfallende Einkommensbetrag ist aber mit 6,7% der aggregierten steuerrechtlichen Gesamtbeträge der Einkünfte - vorsichtig ausgedrückt - erheblich. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß auf der Basis der EVS infolge der Untererfassung am oberen Rand der Verteilung einerseits und der Vernachlässigung der Personen ohne festen Wohnsitz - sowie möglicherweise einer unzureichenden Erreichung weiterer unterster Einkommensschichten¹⁸ - andererseits die Ungleichheit der Einkommensverteilung tendenziell unterschätzt wird.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben sind als Quotenstichproben¹⁹ konzipiert, so daß die Stichprobenergebnisse mit gruppenspezifischen Faktoren auf die Grundgesamtheit hochgerechnet werden müssen. Quotenplan und Hochrechnungsrahmen orientieren sich an den jeweils neuesten verfügbaren Mikrozensusergebnissen über die Struktur der Privathaushalte, wobei die Größenklasse des Haushaltsnettoeinkommens, die soziale Stellung der Bezugsperson und die Haushaltsgröße als Quotierungs- bzw. Hochrechnungsmerkmale herangezogen werden. Um die Güte der hochgerechneten EVS-Ergebnisse näherungsweise abzuschätzen, werden häufig Vergleiche mit Einkommensaggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) durchgeführt. Die dabei abgeleiteten „Nachweisquoten“ sind zwar wegen methodischer und erhebungstechnischer Unterschiede zwischen den Einkommensbegriffen der VGR und der EVS vorsichtig zu interpretieren;²⁰ dennoch ergeben sich zumindest Anhaltspunkte zur Aussagefähigkeit der hochgerechneten Stichprobenergebnisse. Nach Berechnungen von Hertel (1997, S. 46) ergeben sich aus der EVS 1993 für die Bruttolohn- und -gehaltssumme mit 97,6% und für die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mit 92,7% höhere Nachweisquoten gegenüber der VGR als aus der EVS 1988, während bei den empfangenen laufenden Übertragungen mit 94,3% des VGR-Aggregats weniger nachgewiesen wird als 1988. Das insgesamt recht zufriedenstellende Resultat sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf diesem hohen Aggregationsniveau Abweichungen zwischen VGR und EVS bei einzelnen Einkommensarten sich tendenziell kompensieren.

¹⁸ Bei Umfragen mit freiwilliger Beteiligung muß generell mit einem Mittelstands-Bias gerechnet werden. Vgl. in diesem Zusammenhang z. B. Riede, Th, D. Emmerling (1994).

¹⁹ Die Entscheidung für das Quotenverfahren als Ersatz für eine Zufallsauswahl ist eine Folge der hohen Ausfallquoten, die sich bei Testerhebungen zum „sensiblen“ Themenkomplex der Einkommensquellen und Einkommensverwendungen ergeben haben. Da sich Ausfälle nicht zufällig verteilen, ist bei einer Ausfallquote von 50% mit erheblichen systematischen Fehlern zu rechnen. Vgl. Pöschl, H. (1993), S. 385, sowie Hertel, J. (1997), S. 46.

²⁰ Vgl. in diesem Zusammenhang Becker, I. (1995), S. 9-16 und die dort angegebene Literatur.

Trotz dieses Vorbehalts zeichnet sich die EVS 1993 durch einen hohen Repräsentationsgrad aus.

Die im folgenden vorgestellten Ergebnisse basieren auf den anonymisierten Individualdaten einer 80%-Substichprobe der EVS 1993. Das Statistische Bundesamt hat im Zuge der Erstellung dieses Teildatensatzes die Hochrechnungsfaktoren derart angepaßt, daß die Struktur der Substichprobe hinsichtlich der Hochrechnungsmerkmale mit der Struktur des Originaldatensatzes übereinstimmt. Erste Auswertungen haben zudem ergeben, daß die Struktur der (hochgerechneten) Substichprobe nach Haushaltstypen - einem Merkmal, daß nicht in die Hochrechnung eingeht - nur marginal von der entsprechenden Struktur des Gesamtdatensatzes abweicht, und daß die Durchschnittswerte einzelner Einkommens- und Abgabearten der Gesamt- und der Substichprobe nahezu identisch sind.²¹ Der vom Statistischen Bundesamt bereitgestellte Datensatz ist also in diesem Sinne äquivalent zur Gesamtstichprobe.

3. Die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen 1993

Wie einleitend bereits erwähnt, soll die personelle Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen sowohl getrennt für West- und Ostdeutschland als auch zusammenfassend für Gesamtdeutschland dargestellt werden. Für die erste Sichtweise sprechen die nach wie vor zwischen alten und neuen Bundesländern bestehenden Unterschiede insbesondere im Lohn- und Produktivitätsniveau und hinsichtlich der Einkommensquellen, für die zweite Betrachtungsweise sprechen die weitgehende Übertragung institutioneller Strukturen auf die neuen Länder sowie das subjektive Empfinden und das „Aspirationsniveau“ der Bürger in Ostdeutschland. Sowohl bei Ost-West-Vergleichen als auch bei der Analyse der Einkommensverteilung in Gesamtdeutschland ist allerdings zu berücksichtigen, daß unter wohlfahrtstheoretischen Aspekten die Einkommen in den neuen Ländern nicht unmittelbar mit denen in den alten Ländern vergleichbar sind, da die Preisniveaus 1993 noch erheblich voneinander abwichen - und auch heute noch unterschiedlich sind. Von daher ist es sinnvoll, sich nicht nur auf die ostdeutschen Nominaleinkommen, sondern in einer Alternativrechnung auch auf kaufkraftbereinigte Einkommen der ostdeutschen Bevölkerung zu beziehen. Für 1993 wird im folgenden in Anlehnung an ähnliche Analysen auf Basis des SOEP ein Multiplikator von 1,127 zur Berücksichti-

²¹ Die meisten Abweichungen machen deutlich weniger als 1% des aus der Gesamtstichprobe abgeleiteten Wertes (Statistisches Bundesamt (1997b), S. 48 und S. 212) aus; einige stärkere Abweichungen ergeben sich lediglich für Ostdeutschland bei Komponenten, die nur wenige Haushalte betreffen.

gung des niedrigeren Preisniveaus in Ostdeutschland herangezogen²². Dies wirkt sich zwar nicht auf die Verteilungsmaße für Ostdeutschland aus, da diese Maße multiplikativ invariant sind, wohl aber auf den am Durchschnittseinkommen gemessenen Einkommensrückstand gegenüber Westdeutschland und auf die Ungleichheitsindikatoren für Gesamtdeutschland.

Aus der ersten Zeile der Tabelle 1 ergibt sich für 1993 ein erhebliches Wohlstandsfälle zwischen alten und neuen Ländern. Das durchschnittliche nominelle Nettoäquivalenzeinkommen lag in Ostdeutschland um ein Drittel unter dem Vergleichswert in Westdeutschland, nach Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede betrug der Rückstand in Ostdeutschland immerhin noch fast ein Viertel des Westniveaus. Auf die gesamtdeutschen Durchschnittswerte hat diese Diskrepanz aber wegen der geringeren Bevölkerungsgröße in Ostdeutschland einen nur moderaten Einfluß; das arithmetische Mittel der nominellen Nettoäquivalenzeinkommen (Spalte 4) liegt um knapp 7% unter dem Westniveau, nach Kaufkraftbereinigung (Spalte 5) um knapp 5%.

Aus den weiteren Angaben in Tabelle 1 wird ersichtlich, daß auch die Verteilungsungleichheit innerhalb der neuen Länder gravierend unter den entsprechenden Maßen für Westdeutschland liegt, daß sich dies auf die Ungleichheit der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen in Gesamtdeutschland aber nur schwach mäßigend auswirkt.²³ Der Gini-Koeffizient, der besonders sensitiv auf Verteilungsunterschiede im mittleren Einkommensbereich reagiert, liegt für Ostdeutschland mit 0,202 um gut ein Viertel unter dem Wert für Westdeutschland. Das Atkinson-Maß (in beiden Varianten) sowie das Theil-Maß - beide Indikatoren reagieren stärker auf Unterschiede im unteren Einkommensbereich - unterschreiten für die neuen Länder die entsprechenden westdeutschen Werte sogar um fast die Hälfte (44% bzw. 46%). Dennoch sind die aggregierten Verteilungsmaße für die nominellen Nettoäquivalenzeinkommen in Gesamtdeutschland (4. Spalte) mit denen für Westdeutschland nahezu identisch. Da das Theil-Maß additiv zerlegbar ist²⁴, läßt sich daraus schließen, daß das Ausmaß der Ungleichverteilung zwischen Ost- und Westdeutschland („between-groups-inequality“) den gegenläufigen Effekt der geringen Ungleichheit der Verteilung innerhalb von Ostdeutschland gerade kompensiert. Nach Bereinigung der ostdeutschen Einkommen um deren höhere Kaufkraft (Spalte 5) zeigt sich allerdings für Gesamtdeutschland eine geringere Ungleichheit der Verteilung der

²² Vgl. Habich, R., P. Krause (1997), S. 519.

²³ Zu den Definitionen und normativen Implikationen der hier und im folgenden verwendeten Verteilungsmaße vgl. Becker, I., R. Hauser (1995), S. 313 f. und Anhang 2 (S. 343); Hauser, R. (1996), S. 28-33; Faik, J. (1995), S. 293-314.

²⁴ Vgl. Becker, I., R. Hauser (1995), S. 343 f..

Tabelle 1: Personelle Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen¹ 1993

Verteilungsmaß	Alte Länder 1	Neue Länder		Gesamtdeutschland -	
		Nominal- einkommen 2	Bereinigtes Einkommen ² 3	Nominal- einkommen 4	Bereinigung der Ost- Einkommen ² 5
Durchschnitts- einkommen	32 090	21 531	24 265	29 911	30 569
Gini-Koeffizient	0,274	0,202		0,276	0,268
Atkinson-Maß, $\varepsilon = 1,0$	0,116	0,065		0,116	0,110
$\varepsilon = 2,0$	0,215	0,120		0,212	0,202
Theil-Maß	0,123	0,067		0,124	0,117
Quintilsanteile (in %)					
1. Quintil	9,4	11,8		9,5	9,8
2. Quintil	13,7	15,5		13,6	13,9
3. Quintil	17,5	18,6		17,2	17,4
4. Quintil	22,5	21,9		22,4	22,3
5. Quintil	36,9	32,2		37,3	36,7
Relative Einkommensposition von ... bis unter ...	Personen in % der Gesamtbevölkerung				
		Bezug: Oststandard ³	Bezug: Weststandard ⁴		
- 0,50	10,7	3,2	15,0	10,6	9,6
0,50 - 0,75	26,5	23,0	43,4	28,0	27,4
0,75 - 1,00	24,3	33,1	27,1	24,0	25,4
1,00 - 1,25	16,6	22,8	8,5	15,1	15,9
1,25 - 1,50	8,9	9,4	3,3	9,4	9,2
1,50 - 2,00	8,0	6,0	1,9	7,8	7,7
2,00 - 3,00	3,9	2,2	0,5	4,0	3,8
3,00 u.m.	1,1	0,4	*	1,2	1,1
Alternative Niedrigeinkommens- grenzen ⁵					
40%-Grenze	4,4	(0,7)	4,2	3,7	3,4
60%-Grenze	20,5	9,4	32,4	20,7	19,2

¹ Zur Umrechnung des Haushaltsnettoeinkommens (Definition in Fußnote 1 der Tabelle 2) in das Nettoäquivalenzeinkommen wurde die ältere OECD-Skala herangezogen. Danach erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1,0; weitere Haushaltsmitglieder ab dem Alter von 15 Jahren werden mit 0,7 gewichtet, Kinder und Jugendliche bis einschl. 14 Jahre mit 0,5.

² Kaufkraftmultiplikator: 1,127; vgl. Habich, Roland, Peter Krause (1997), S. 519.

³ Durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen in den neuen Ländern (nominal, Zeile 1).

⁴ Durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen in den alten Ländern (Spalte 1, Zeile 1).

⁵ In % des jeweiligen durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens.

Quelle: EVS-Datenbank; eigene Berechnungen.

Nettoäquivalenzeinkommen als für Westdeutschland, wobei der Unterschied aber mit 2% (Gini-Koeffizient) bis 6% (Atkinson-Maß bei $\epsilon=2$) gering ausfällt.

Die für West- und Ostdeutschland gemessenen Quintilsanteile (zweiter Block in Tabelle 1) veranschaulichen die großen Unterschiede zwischen den Verteilungssituationen beider Landesteile. Hierbei werden die nach der Höhe der Nettoäquivalenzeinkommen angeordneten Personen in fünf gleich große Gruppen unterteilt, für die dann die gruppenspezifischen Anteile am Gesamteinkommen berechnet werden; deren Abweichungen von der 20%-Linie, die dem Bevölkerungsanteil entsprechen würde, gelten als Indikator für das Ausmaß der Ungleichheit der Einkommensverteilung. In Westdeutschland verfügte 1993 das unterste Quintil über einen Einkommensanteil (9,4%) von weniger als der Hälfte des Bevölkerungsanteils, in Ostdeutschland war es mit 11,8% deutlich mehr als der halbe Bevölkerungsanteil. Auch beim zweiten und dritten Quintil lagen die Einkommensanteile im Westen unter denen im Osten, während es sich in den beiden oberen Quintilen umgekehrt verhielt. Mit 4,7 Prozentpunkten war der West-Ost-Unterschied zwischen den Quintilsanteilen in der obersten Gruppe besonders groß. Für Gesamtdeutschland zeigen sich wie schon bei den anderen Verteilungsmaßen Werte, die sehr nahe denen für die alten Bundesländer liegen, da durch die zusammenfassende Betrachtung die Ungleichverteilung zwischen den beiden Landesteilen dem Effekt der vergleichsweise gleichmäßigeren Verteilung innerhalb von Ostdeutschland entgegenwirkt.

Ein Eindruck über die „Schiefe“ der personellen Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen in West-, Ost- und Gesamtdeutschland ergibt sich aus den relativen Häufigkeiten vorgegebener Einkommensklassen im dritten Block der Tabelle 1, wobei die Klassengrenzen relativ zum jeweiligen Durchschnittseinkommen definiert wurden und die Abgrenzung der untersten Klasse einer häufig verwendeten relativen Armutsgrenze entspricht. Die Verteilung innerhalb der alten Länder erweist sich als stark linkssteil (Spalte 1); 10,7% der westdeutschen Bevölkerung mußte 1993 mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens auskommen, und weitere 26,5% hatten zwischen der Hälfte und drei Vierteln des Durchschnitts zur Verfügung. Dagegen lag in den neuen Ländern bei nur 3,2% der Bevölkerung das Nettoäquivalenzeinkommen unterhalb der Hälfte des ostdeutschen Durchschnitts (Spalte 2), während der Bereich zwischen 75% und 125% des Durchschnitts mit 55,9% wesentlich stärker besetzt war als im Westen (40,9% der dortigen Bevölkerung). Auch die Bezugnahme auf alternative Niedrigeinkommensgrenzen (unterster Block von Tabelle 1) verdeutlicht, daß bei Unterstellung von zwei Teilgesellschaften das Problem relativer Einkommensarmut in Westdeutschland wesentlich größer ist als in Ostdeutschland. Während in den

alten Ländern ungefähr jeder Fünfte von weniger als 60% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens lebte, war es in den neuen Ländern nur fast jeder Zehnte - bei allerdings wesentlich niedrigerem absoluten Niveau des ostdeutschen Grenzwerts. Auch die Bedeutung der oberen relativen Einkommensklassen war in den alten Ländern vergleichsweise hoch; so verfügten hier 13% der Bevölkerung über mehr als 150% des westdeutschen Durchschnitts der Nettoäquivalenzeinkommen, während in den neuen Ländern nur 8,6% oberhalb dieser relativen Grenze - bezogen auf den Ostdurchschnitt - lagen.

Die Relativierung der Einkommen in den neuen Ländern an dem dort ermittelten Durchschnitt ist zwar unter der Annahme von zwei noch nicht zusammengewachsenen Teilgesellschaften konsequent; sie vernachlässigt jedoch die zunehmende Tendenz, daß sich die Bürger in den neuen Ländern bei der Einschätzung ihrer eigenen wirtschaftlichen Position am „Weststandard“ orientieren²⁵. Eine entsprechende, von subjektiven Einstellungsmustern geprägte Sichtweise der Einkommensverteilung ist im Zusammenhang von Fragen nach möglichen Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft zu berücksichtigen, so daß in Spalte 3 der Tabelle 1 die Nettoäquivalenzeinkommen der Bevölkerung in den neuen Ländern - nach Kaufkraftbereinigung - am Durchschnittswert der alten Länder (1. Zeile, 1. Spalte) relativiert wurden.²⁶ Die Ergebnisse veranschaulichen das enorme gesellschaftliche Spannungsverhältnis, das aus dem Wohlstandsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland resultiert. 15% der ostdeutschen Bevölkerung verfügten 1993 über weniger als die Hälfte des in Westdeutschland erreichten durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens, weitere 70,5% waren im Bereich zwischen 50% und 100% des Weststandards einzuordnen. Auch die Betrachtung der alternativen Niedrigeinkommensbereiche (letzter Block der Tabelle 1) ergibt eine veränderte Problemlage, wenn für beide Landesteile gleiche Absolutbeträge als Grenzwerte verwendet werden. In beiden Landesteilen waren gut 4% der jeweiligen Bevölkerung unterhalb von 40% des Weststandards einzuordnen - dies wird auch als „strenge“ relative Einkommensarmut interpretiert; mit weniger als 60% des im Westen erreichten Durchschnitts, das sind ca. 19 000 DM p. a., mußte aber im Osten fast jeder Dritte, im Westen nur jeder Fünfte auskommen. Auf der anderen Seite erreichten nur 14,5% der Bevölkerung in den neuen Ländern - gemessen am bereinigten Nettoäquivalenzeinkommen - ein über dem westdeutschen Durchschnitt von 32 090 DM liegendes Wohlstandsniveau, in den alten Ländern waren es immerhin 38,5%.

²⁵ Vgl. Plug, E. J. S., P. Krause, B. M. S. Van Praag, G. G. Wagner (1997), S. 79, 85.

²⁶ Für die Spalten 1 und 3 sind folglich nicht nur die relativen Klassengrenzen, sondern auch die entsprechenden Absolutbeträge der Grenzen gleich. Beispielsweise hatten 10,7% der westdeutschen Bevölkerung und 15% der

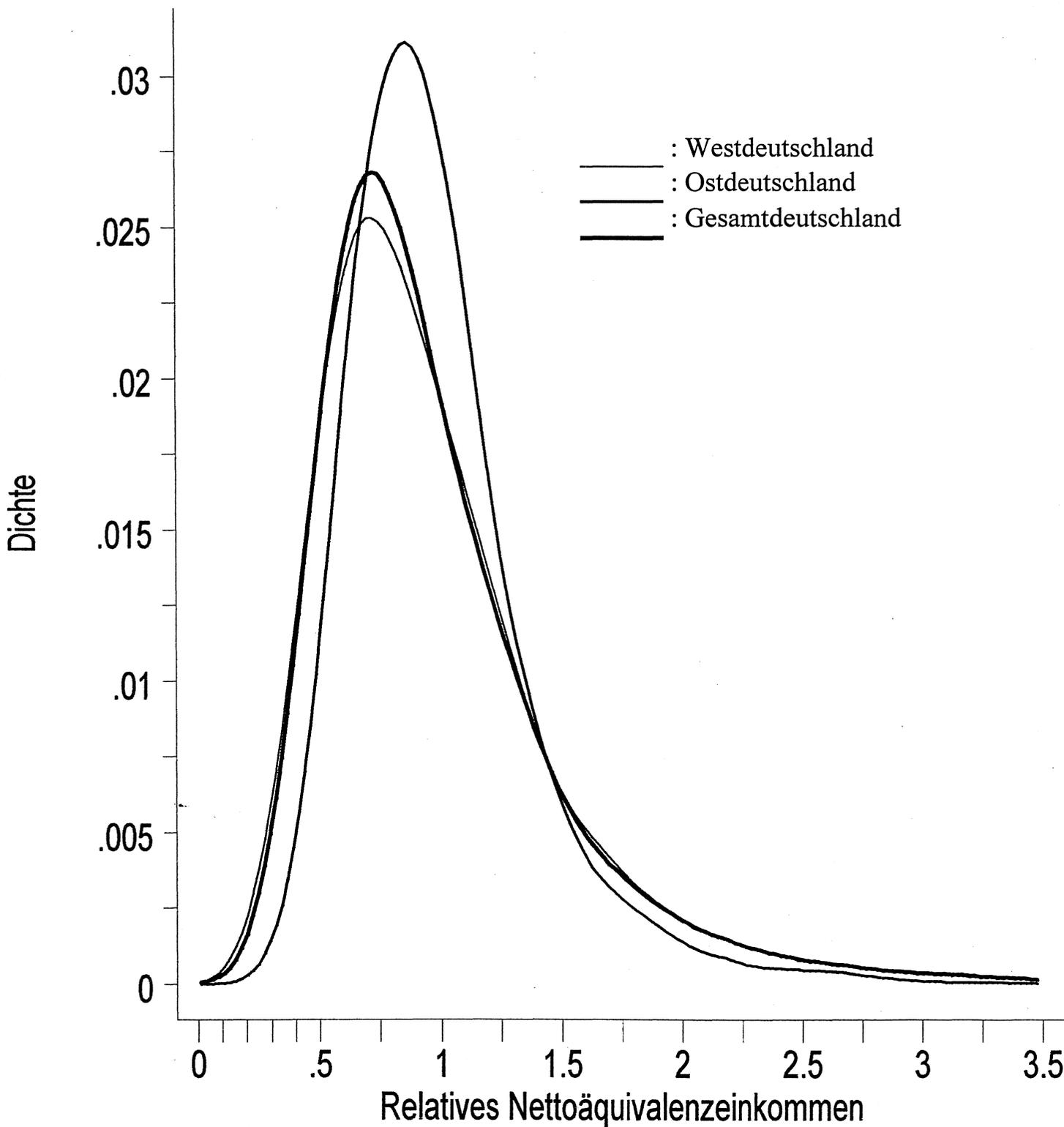
Die Zusammenfassung der Spalten 1 und 3 entspräche einer gesamtdeutschen Verteilung nach absolut durch den Weststandard vorgegebenen Einkommensklassen. In den Spalten 4 und 5 wird demgegenüber wieder auf endogene relative Positionen zurückgegriffen, indem auf das für Gesamtdeutschland ermittelte Durchschnittseinkommen Bezug genommen wird - zum einen nominal, zum anderen um Kaufkraftunterschiede bereinigt. In Übereinstimmung mit den aggregierten Verteilungsindikatoren zeigt sich, daß die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung in Gesamtdeutschland ein ähnliches Ausmaß hat wie die in den alten Ländern. Nach Kaufkraftbereinigung der ostdeutschen Einkommen stellt sich die „Linkssteilheit“ zwar etwas abgemildert dar; aber fast 10% der Bevölkerung hat weniger als die Hälfte des gesamtdeutschen Durchschnitts zur Verfügung, und annähernd zwei Drittel (62,4%) der Bevölkerung liegen unterhalb des Durchschnitts. Auf der anderen Seite haben immerhin fast 5% (12,6%) der Bevölkerung mehr als das Doppelte (Eineinhalbfache) des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens zur Verfügung.

Die Beziehungen zwischen den bei analytischer Trennung zwischen West- und Ostdeutschland einerseits (Spalten 1 und 2 der Tabelle 1) und bei Betrachtung der Gesamtgesellschaft andererseits (Spalte 5 der Tabelle 1) ermittelten Verteilungen werden auch aus der Abbildung 1 deutlich. Sie stellt die Ergebnisse von entsprechenden Kerndichteschätzungen²⁷ dar, wobei vor der Ermittlung der relativen Nettoäquivalenzeinkommen für Gesamtdeutschland die ostdeutschen Einkommen mit dem erwähnten Kaufkraftmultiplikator korrigiert wurden. Alle drei Verteilungen sind eingipflig. Die Verteilungskurve für Westdeutschland weist den niedrigsten Gipfel, die für Ostdeutschland den höchsten Gipfel auf, wobei letzterer zudem bei einer deutlich höheren - allerdings auf den Oststandard bezogenen - relativen Position liegt. Die geschätzte Besetzungsdichte ist in Ostdeutschland im mittleren Einkommensbereich also vergleichsweise hoch. Dementsprechend verläuft die auf die neuen Länder bezogene Linie im unteren Einkommensbereich - insbesondere bei relativen Positionen von weniger als 0,5 - und im oberen Einkommensbereich ab einer relativen Position von ca. 1,5 unterhalb der auf die alten Länder bezogenen Linie. Die für Gesamtdeutschland ermittelte Verteilungskurve weist einen höheren Gipfel als die entsprechende Linie für Westdeutschland und im Niedrigeinkommensbereich etwas geringere Dichten auf; sie liegt aber weit entfernt von der Dichtefunktion für Ostdeutschland. Es bestätigt sich also auch in dieser Darstellung, daß die verhältnis-

ostdeutschen Bevölkerung ein (um Kaufkraftunterschiede bereinigtes) Nettoäquivalenzeinkommen von weniger als 16 045 p. a. zur Verfügung.

²⁷ Zum methodischen Ansatz von Kerndichteschätzungen vgl. Becker, I., R. Hauser (1998) und die dort angegebene Literatur.

Abbildung 1: Personelle Verteilung der relativen Nettoäquivalenzeinkommen 1993 für West-, Ost- und Gesamtdeutschland



Anmerkung: Zur Darstellung für Gesamtdeutschland wurden die Osteinkommen mit einem Kaufkraftmultiplikator von 1,127 bereinigt.

Quelle: EVS-Datenbank; eigene Berechnungen.

mäßig gleichmäßige Verteilung innerhalb von Ostdeutschland kaum mildernd auf die gesamtdeutsche Verteilung wirkt, da sie von der großen Ungleichheit der Einkommensverteilung zwischen beiden Landesteilen überlagert wird.

4. Veränderungen der Verteilungssituation in Westdeutschland gegenüber der Zeit kurz vor der Wiedervereinigung

Unabhängig von der Verteilungsproblematik im wiedervereinigten Deutschland stellt sich auch die Frage, ob und inwieweit sich die Verteilungssituation in Westdeutschland gegenüber der Zeit vor der Wiedervereinigung verändert hat. In Tabelle 2 sind Ergebnisse der EVS 1993 für die alten Länder den Ergebnissen der EVS 1988 gegenübergestellt worden. Die hier für 1993 ausgewiesenen Verteilungsmaße beziehen sich allerdings nur auf Haushalte mit deutscher Bezugsperson²⁸; andernfalls wären sie nicht vergleichbar mit Ergebnissen der früheren Einkommens- und Verbrauchsstichproben, in denen Haushalte mit ausländischer Bezugsperson nicht erfaßt waren. Im linken Teil der Tabelle 2 werden zunächst die Verteilungen der Haushaltsnettoeinkommen auf Haushalte für 1988 und 1993 ausgewiesen, aus denen sich dann nach Berücksichtigung der Äquivalenzskala die personellen Verteilungen der Nettoäquivalenzeinkommen im rechten Tabellenteil ergeben. Auf der Haushaltsebene (Spalten 1 und 2 der Tabelle 2) zeigen sich ein starkes Einkommenswachstum und ein mäßiger Anstieg der Ungleichheitsindikatoren. Das durchschnittliche (westdeutsche) Haushaltsnettoeinkommen lag 1993 um gut ein Drittel über dem Wert von 1988, der Gini-Koeffizient betrug aber nur 2% mehr als fünf Jahre zuvor. Das Atkinson-Maß bei $\epsilon=1$ sowie das Theil-Maß sind zwar mit ca. 4% etwas deutlicher gestiegen, aber auch diese Veränderung kann als moderat bezeichnet werden; das Atkinson-Maß bei $\epsilon=2$ ist sogar leicht gesunken, was auf eine zurückgehende Bedeutung der niedrigsten Haushaltsnettoeinkommen hindeutet. Die Entwicklung der Quintilsanteile und der Verteilung nach relativen Einkommenspositionen weisen ebenfalls einen nur schwachen Trend zunehmender Ungleichheit der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen in Westdeutschland nach. Der Bereich zwischen dem Durchschnitt und dem 1,5fachen des

²⁸ Deshalb sind die Ergebnisse nicht mit denen der Tabelle 1 identisch. Durch die Ausklammerung der Haushalte mit ausländischer Bezugsperson ergibt sich erwartungsgemäß ein etwas höherer Durchschnittswert der Nettoäquivalenzeinkommen (32311 DM gegenüber 32090 DM in Tabelle 1). Zudem deuten alle Indikatoren auf eine etwas gleichmäßigere Verteilung hin, wenn nur Haushalte mit deutscher Bezugsperson einbezogen werden; die Unterschiede gegenüber den in Tabelle 1 für alle Haushalte ausgewiesenen Indikatoren sind aber überraschend gering.

Tabelle 2: Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen¹ (Haushaltsebene) und der Nettoäquivalenzeinkommen² (Personenebene) in Westdeutschland 1988 und 1993
- Nur Haushalte mit deutscher Bezugsperson -

Verteilungsmaß	Haushaltsebene		Personenebene	
	1988 1	1993 2	1988 3	1993 4
Durchschnittseinkommen	43 100	58 495	24 003	32 311
Gini-Koeffizient	0,329	0,337	0,253	0,272
Atkinson-Maß, $\varepsilon = 1,0$	0,170	0,176	0,101	0,114
$\varepsilon = 2,0$	0,340	0,328	0,199	0,211
Theil-Maß	0,186	0,194	0,106	0,121
Quintilsanteile (in %)				
1. Quintil	7,0	6,9	9,9	9,5
2. Quintil	12,0	11,9	14,4	13,8
3. Quintil	17,3	17,0	17,9	17,5
4. Quintil	23,9	23,7	22,4	22,4
5. Quintil	39,7	40,5	35,4	36,8
Relative Einkommensposition von ... bis unter ...	Haushalte in % aller Haushalte		Personen in % der Gesamtbevölkerung	
- 0,50	21,5	21,5	8,8	10,5
0,50 - 0,75	20,7	21,3	24,8	26,5
0,75 - 1,00	16,9	17,5	27,1	24,5
1,00 - 1,25	14,0	13,4	17,9	16,7
1,25 - 1,50	9,9	9,3	9,6	8,9
1,50 - 2,00	10,3	10,0	7,5	7,9
2,00 - 3,00	5,4	5,4	3,5	4,0
3,00 u.m.	1,3	1,6	0,8	1,1

¹ Jahreseinkommen aus selbständiger Tätigkeit, aus unselbständiger Arbeit und aus Vermögen (einschl. Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums), Transferzahlungen der Sozialversicherung und der Gebietskörperschaften, der betrieblichen Altersversorgung bzw. der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, laufende Einnahmen aus Lebensversicherungsverträgen und von privaten Unfallversicherungen, Transfers von anderen privaten Haushalten abzüglich Lohn- bzw. Einkommensteuer, Vermögensteuer und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung.

² Zur Umrechnung des Haushaltsnettoeinkommens (vgl. Fußnote 1) in das Nettoäquivalenzeinkommen wurde die ältere OECD-Skala herangezogen. Danach erhält der Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1,0; weitere Haushaltsmitglieder ab dem Alter von 15 Jahren werden mit 0,7 gewichtet, Kinder und Jugendliche bis einschl. 14 Jahren mit 0,5.

Quelle: EVS-Datenbank; eigene Berechnungen.

Durchschnitts scheint 1993 allerdings etwas schwächer, der darunter liegende Bereich etwas stärker vertreten zu sein.

Ganz anders stellt sich die Situation nach Gewichtung der Haushaltsnettoeinkommen mit der „älteren“ OECD-Skala auf der Personenebene dar. Das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen ist zwar zwischen 1988 und 1993 ebenfalls um ein gutes Drittel gestiegen, dies ging aber mit einer sehr deutlichen Zunahme der Ungleichheit in der Verteilung einher.²⁹ So ist der Gini-Koeffizient um 7,5% auf 0,272 gestiegen, das Atkinson-Maß bei $\epsilon=1$ um 13%, das Theil-Maß um 14%. Der oberste Quintilsanteil ist um 1,4 Prozentpunkte auf 36,8% - zu Lasten der ersten drei Quintile - gestiegen. Aus der Verteilung nach Vielfachen des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens (unterster Block der Tabelle 2) wird die damit verbundene „Schrumpfung“ der Mittelschicht ersichtlich. 1988 waren 54,6% der westdeutschen Bevölkerung (in Haushalten mit deutscher Bezugsperson) dem Einkommensbereich zwischen 75% und 150% des Durchschnitts zuzuordnen, 1993 waren es nur noch 50,1%. Dem stand eine Zunahme der relativen Häufigkeit des darunter liegenden Einkommensbereichs von 33,6% auf 37%, des oberen Einkommensbereichs von 11,8% auf 13% gegenüber. Besonders brisant erscheint der Anstieg des Bevölkerungsanteils unterhalb von 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens. Dieser Grenzwert wird häufig zur Abschätzung des Ausmaßes relativer Einkommensarmut herangezogen; die so definierte Armutsquote ist also zwischen 1988 und 1993 in Westdeutschland von 8,8% auf 10,5% gestiegen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß der in Untersuchungen auf der Basis früherer Einkommens- und Verbrauchsstichproben für die achtziger Jahre festgestellte Trend³⁰ zunehmender Ungleichheit in der Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen sich fortgesetzt hat. Die Veränderungen zwischen 1988 und 1993 waren zudem größer als im davor liegenden Fünfjahreszeitraum. So stieg der Gini-Koeffizient zwischen 1983 und 1988 kaum nennenswert von 0,250 auf 0,253, das Atkinson-Maß bei $\epsilon=2$ allerdings stärker von 0,184 auf 0,199 und die 50%-Armutsquote schon erheblich von 7,7% auf 8,8% (Becker, I. (1997a), S. 47). Die in Tabelle 2 aufgezeigte Entwicklung belegt eine verstärkt zunehmende Spreizung der personellen Einkommensverteilung zu Beginn der neunziger Jahre, selbst wenn man die Betrachtung auf

²⁹ Eine Diskrepanz zwischen der Verteilungsentwicklung auf der Haushaltsebene und der Veränderung auf Personenebene ist mit den Ergebnissen von Hertel, J. (1997) durchaus konform. Hertel konnte auf Basis der EVS 1993 für Westdeutschland keinen generellen Konzentrationsprozeß bei der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen feststellen, wohl aber Veränderungen innerhalb von Haushaltsgruppen zugunsten kleinerer Haushalte (ebenda, Tabelle 17 auf S. 57 sowie S. 58).

³⁰ Vgl. z. B. Becker, I. (1997a), hinsichtlich der folgenden Ausführungen insbesondere S. 46-48.

Westdeutschland beschränkt und damit einen großen Teil der Problematik - das Wohlstandsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland - ausklammert.

5. Gegenüberstellung der EVS-Ergebnisse mit Ergebnissen des Sozio-ökonomischen

Panels

Wie im einleitenden Abschnitt (1) bereits erwähnt, ist die Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen in West- und Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung bisher auf der Basis des Sozio-ökonomischen Panels untersucht worden. Es gibt vielfältige methodische Unterschiede zwischen EVS und SOEP, aus denen insbesondere auch verschiedenartige Einkommenskonzepte resultieren, so daß eine Abweichung der hier ermittelten Ergebnisse von denen früherer Untersuchungen erwartet werden muß. Es stellt sich die Frage, inwieweit derartige Unterschiede die Vergleichbarkeit von EVS- und SOEP-Ergebnissen einschränken.³¹ Vor diesem Hintergrund sind in Tabelle 3 auf der Haushaltsebene und in Tabelle 4 auf der Personenebene für 1993 Verteilungsmaße auf der Basis beider Datenquellen gegenübergestellt worden. Dabei wurden zum Zweck einer weitgehenden definitorischen Übereinstimmung der Einkommenskonzepte die aus den EVS-Daten abgeleiteten Haushaltsnettoeinkommen ausschließlich des Mietwerts selbstgenutzten Wohneigentums berechnet³² und die im SOEP erfragten monatlichen Haushaltsnettoeinkommen um umgerechnete Beträge von Einmalzahlungen³³ erhöht. Aus der ersten Zeile der Tabelle 3 ergibt sich eine erhebliche Untererfassung der mit dem SOEP erhobenen monatlichen Einkommen gegenüber den aus den Jahreseinkommen abgeleiteten Monatsdurchschnitten. Sowohl in West- als auch in Ostdeutschland erreichen die SOEP-Werte des Haushaltsnettoeinkommen (vor Äquivalenzgewichtung) nur ungefähr vier Fünftel der EVS-Werte. Die Richtung der Abweichung war zwar unter methodischen Gesichtspunkten durchaus zu erwarten, nicht aber unbedingt das Ausmaß.

Auch hinsichtlich der Verteilung zeigen sich merkliche Unterschiede zwischen den aus der EVS und aus dem SOEP abgeleiteten Indikatoren. Während die EVS-Daten aber für West-

³¹ Für 1983 liegt bereits eine Gegenüberstellung von EVS- und SOEP-Ergebnissen zur personellen Einkommensverteilung vor. Dabei basierten die Berechnungen mit dem SOEP aber auf den retrospektiven Angaben zu einzelnen Einkommens- und Abgabearten, die in der ersten Welle (1984) für das Vorjahr erhoben wurden. Vgl. Hauser, R., I. Becker (1997); nach diesen Ergebnissen erscheint eine weitgehende Vergleichbarkeit von Untersuchungen auf der Basis der beiden Datenquellen gegeben zu sein.

³² Dies führt zu Abweichungen gegenüber den in den Tabellen 1 und 2 ausgewiesenen Ergebnissen.

³³ Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld etc.; diese Einkommenskomponenten werden im SOEP retrospektiv für die jeweils vorangegangene Welle erhoben und wurden für den hier vorgenommenen Vergleich mit einem Zwölftel (abzüglich pauschalierter Abgaben) angesetzt.

Tabelle 3: Gegenüberstellung von Verteilungsergebnissen der EVS und des SOEP für West- und Ostdeutschland 1993
- Haushaltsebene: Haushaltsnettoeinkommen¹ -

Verteilungsmaß	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	EVS 1	SOEP 2	EVS 3	SOEP 4
Durchschnittliches Haushaltsnettoeinkommen (pro Monat)	4 513	3 667	3 253	2 632
Gini-Koeffizient	0,334	0,310	0,289	0,291
Atkinson-Maß, $\epsilon = 1,0$	0,173	0,156	0,129	0,136
$\epsilon = 2,0$	0,321	0,327	0,242	0,268
Theil-Maß	0,190	0,170	0,138	0,147
Quintilsanteile (in %)				
1. Quintil	7,0	7,4	8,4	7,7
2. Quintil	12,1	12,6	13,0	13,0
3. Quintil	17,0	17,8	18,0	18,3
4. Quintil	23,5	24,3	23,8	24,2
5. Quintil	40,4	37,9	36,9	36,8
Relative Einkommensposition von ... bis unter ...	Haushalte in % aller Haushalte			
- 0,50	20,8	18,3	15,8	18,4
0,50 - 0,75	22,1	21,6	22,6	17,2
0,75 - 1,00	17,7	17,4	19,9	22,2
1,00 - 1,25	13,6	14,8	15,6	15,5
1,25 - 1,50	9,5	11,9	11,2	10,8
1,50 - 2,00	9,4	10,4	10,1	11,2
2,00 - 3,00	5,3	5,0	3,9	4,1
3,00 u.m.	1,6	0,7	0,8	(0,5)

¹ Die EVS-Ergebnisse basieren auf dem (aus Einzelkomponenten errechneten) Jahreseinkommen; die SOEP-Ergebnisse beziehen sich auf das erfragte monatliche Haushaltsnettoeinkommen („income screener“; Frühjahr 1993), das um ein Zwölftel der einmaligen Zahlungen (abzüglich pauschalierter Abgaben) korrigiert wurde. Der Mietwert selbstgenutzten Wohneigentums ist in beiden Einkommensbegriffen nicht enthalten.

Quelle: EVS-Datenbank und Sozio-ökonomisches Panel (SOEP); eigene Berechnungen.

deutschland eine stärkere Ungleichheit der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen ergeben als die SOEP-Daten, verhält es sich für Ostdeutschland umgekehrt. Insbesondere das Atkinson- und das Theil-Maß - mit ihrer hohen Sensitivität im unteren Einkommensbereich - liegen für die neuen Länder nach Ergebnissen des SOEP deutlich über den Vergleichswerten der EVS. Demgegenüber zeigt sich beim Gini-Koeffizienten, dessen besondere Sensitivität im mittleren Einkommensbereich liegt, für Ostdeutschland kein nennenswerter Unterschied, für Westdeutschland ein mäßiger Unterschied von ca. -7% des EVS-Werts. Die Gegenüberstellung der Quintilsanteile sowie der Verteilungen nach relativen Einkommenspositionen bestätigt den Eindruck, daß für Ostdeutschland die auf der Basis des SOEP ermittelte vergleichsweise hohe Ungleichheit hauptsächlich auf die gegenüber den EVS-Ergebnissen schlechtere Position der Haushalte im unteren Einkommensbereich zurückzuführen ist. Möglicherweise ist in den neuen Bundesländern die Einkommensmobilität gerade im unteren Einkommensbereich infolge des strukturellen Wandels und vielfältiger staatlicher Eingriffe besonders groß, so daß sich allein aus dem in EVS und SOEP unterschiedlichen zeitlichen Bezugsrahmen der Einkommenserhebung Diskrepanzen der beschriebenen Art ergeben.³⁴ Demgegenüber ergibt sich für Westdeutschland die auf der Basis der EVS gemessene höhere Ungleichheit der Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen aus Abweichungen gegenüber dem SOEP im unteren, aber insbesondere auch im oberen Einkommensbereich. Letzteres dürfte zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen sein, daß mit der im SOEP gestellten Frage nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit und aus Vermögen³⁵ nur als grobe Schätzung oder überhaupt nicht erfaßt werden.

Aus der Tabelle 4³⁶ zeigt sich im Vergleich zur Ebene der Haushaltsnettoeinkommen (Tabelle 3) für die durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommen ein ähnlicher, für Westdeutschland etwas geringerer (-15% des EVS-Werts) relativer Abstand zwischen EVS- und SOEP-Ergebnissen. Anders als auf der Haushaltsebene ergibt sich hinsichtlich der personellen

³⁴ Eine weitere Ursache könnte ein Mittelstands-Bias sein, falls dieser in den EVS-Daten für Ostdeutschland stärker ausgeprägt ist als im SOEP für die neuen Länder. Es ist jedoch keineswegs von einem generell stärkeren Mittelstands-Bias der EVS auszugehen, da die Ergebnisse für Westdeutschland eher das Gegenteil andeuten.

³⁵ Die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und aus Vermögen hatten 1993 in Ostdeutschland noch keine große Bedeutung; dies ist wahrscheinlich ein Grund dafür, daß hier - im Gegensatz zu Westdeutschland - für den oberen Einkommensbereich (5. Quintil; relative Einkommensposition von 2,0 u. m.) kaum Abweichungen zwischen EVS- und SOEP-Ergebnissen erkennbar sind.

³⁶ Die in Tabelle 4 präsentierten Ergebnisse des SOEP weichen marginal von denen ab, die bei Hauser, R. (1997), S. 68 und S. 70 ausgewiesen sind. Der Grund liegt in einer unterschiedlichen Abgrenzung zwischen westdeutschen und ostdeutschen Haushalten. Diese erfolgte bei Hauser (1997) nach dem „Herkunftsprinzip“, also nach dem Wohnort unmittelbar vor der Wiedervereinigung (1989), während hier die Differenzierung nach

Tabelle 4: Gegenüberstellung von Verteilungsergebnissen der EVS und des SOEP für West- und Ostdeutschland 1993
- Personenebene: Nettoäquivalenzeinkommen¹ -

Verteilungsmaß	Westdeutschland		Ostdeutschland	
	EVS 1	SOEP ² 2	EVS 3	SOEP ² 4
Durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen (pro Monat)	2 477	2 101	1 749	1 397
Gini-Koeffizient	0,276	0,277	0,204	0,213
Atkinson-Maß, $\varepsilon = 1,0$	0,117	0,121	0,066	0,075
$\varepsilon = 2,0$	0,216	0,230	0,121	0,148
Theil-Maß	0,125	0,129	0,068	0,078
Quintilsanteile (in %)				
1. Quintil	9,4	9,2	11,8	10,8
2. Quintil	13,6	13,7	15,5	15,5
3. Quintil	17,3	17,5	18,5	18,8
4. Quintil	22,4	22,5	21,9	22,7
5. Quintil	37,2	37,1	32,3	32,2
Relative Einkommensposition von ... bis unter ...	Personen in % der Gesamtbevölkerung			
- 0,50	10,7	11,1	3,2	6,2
0,50 - 0,75	27,3	25,8	23,2	20,1
0,75 - 1,00	23,9	24,8	33,4	30,2
1,00 - 1,25	16,1	15,9	21,9	22,8
1,25 - 1,50	9,0	9,6	9,7	11,6
1,50 - 2,00	7,8	7,9	6,0	6,7
2,00 - 3,00	4,0	4,9	2,1	2,4
3,00 u.m.	1,2		0,4	

¹ Zu den Einkommensbegriffen der EVS und des SOEP vgl. Fußnote 1 in Tabelle 3; zur Äquivalenzskala vgl. Fußnote 1 in Tabelle 1.

² Differenzierung zwischen westdeutschen und ostdeutschen Haushalten nach dem Wohnortprinzip; dadurch ergeben sich geringfügige Abweichungen gegenüber den Ergebnissen bei Hauser, R. (1997), S. 68 und S. 70, wo die Zuordnung der Haushalte nach dem „Herkunftsprinzip“ (Wohnort unmittelbar vor der Wiedervereinigung) erfolgte.

Quelle: EVS-Datenbank und Sozio-ökonomisches Panel (SOEP); eigene Berechnungen.

Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen für die alten Länder aus den EVS-Daten aber eine etwas geringere Ungleichheit als aus den SOEP-Daten.³⁷ Die Unterschiede sind allerdings sehr mäßig, was angesichts der verschiedenartigen Erhebungsmethoden nicht unbedingt zu erwarten war. Wenn wie schon im Zusammenhang der Tabellen 1 und 2 eine relative Armutsgrenze bei 50% des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens definiert wird, so ergibt sich aus der EVS eine Armutsquote von 10,7%, die nur knapp unterhalb der aus dem SOEP ermittelten Quote von 11,1% liegt; die beiden untersten Einkommensgruppen zusammen (unterhalb von 75% des Durchschnitts) sind wiederum in der EVS mit 38% der Bevölkerung etwas stärker vertreten als im SOEP mit 36,9%. Diese Unterschiede sind ebenso wie die in den mittleren und oberen Einkommensklassen unerheblich, so daß für die alten Bundesländer von einer weitgehenden Vergleichbarkeit von EVS- und SOEP-Ergebnissen hinsichtlich der personellen Einkommensverteilung, nicht aber hinsichtlich des Einkommensniveaus, ausgegangen werden kann.

Ein ganz anderer Eindruck ergibt sich aus einer entsprechenden Gegenüberstellung für die neuen Länder. Die schon bei den Haushaltsnettoeinkommen wesentlich größere Ungleichheit der Verteilung auf der Basis des SOEP im Vergleich zur EVS (Tabelle 3) schlägt sich in ähnlichen Diskrepanzen zwischen den Ergebnissen zur Verteilung der Nettoäquivalenzeinkommen nieder. Wie auf der Haushaltsebene resultiert dies insbesondere aus der nach Ergebnissen des SOEP deutlich schlechteren Position der untersten Einkommensschicht. Beispielsweise verfügt das unterste Quintil des SOEP mit 10,8% des gesamten, am Nettoäquivalenzeinkommen gemessenen Wohlstands über einen Prozentpunkt weniger als das unterste Quintil der EVS, während die Quintilsanteile der zweiten Gruppe nach beiden Erhebungen identisch sind (15,5%). Noch drastischer zeigen sich die Abweichungen zwischen SOEP und EVS bei der Verteilung nach Vielfachen des durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens. Die 50%-Armutsquote ist laut SOEP mit 6,2% fast doppelt so hoch wie nach Daten der EVS (3,2%), während die Zusammenfassung der beiden untersten relativen Einkommensklassen (bis unter 75% des Durchschnitts) zu fast identischen Bevölkerungsanteilen führt (26,3% (SOEP) bzw. 26,4% (EVS)). Der mittlere Einkommensbereich zwischen 75% und 125% des ostdeutschen Durchschnitts ist wiederum in der EVS, der darüber liegende Bereich im SOEP stärker vertreten. Die Gründe für diese irritierenden Abweichungen zwischen den Verteilungsergebnis-

dem Wohnort zum Befragungszeitpunkt vorgenommen wurde - zwecks besserer Vergleichbarkeit mit den EVS-Ergebnissen.

sen für Ostdeutschland sind sicher vielfältig und können an dieser Stelle nicht geklärt werden. Eine Ursache kann - wie bereits erwähnt - in dem unterschiedlichen Zeitbezug der Einkommensbegriffe von SOEP (Monat) und EVS (Jahr) liegen; dies schlägt möglicherweise für Ostdeutschland wegen einer größeren relativen Häufigkeit un stetiger Einkommen stärker zu Buche als für Westdeutschland. Zudem wird eventuell bei den ostdeutschen Befragten des SOEP bei der Angabe zum monatlichen Haushaltsnettoeinkommen häufiger als im Westen nur auf die Haupteinkommensart Bezug genommen, so daß Einkünfte weiterer Haushaltsmitglieder und Transfers in stärkerem Maße vernachlässigt würden. Auf der anderen Seite ist auch ein besonderer Mittelstands-Bias bei den EVS-Befragungen in den neuen Ländern nicht auszuschließen, so daß die Ergebnisse - wie diejenigen für die alten Länder, aber aus anderen Gründen - eher eine Untergrenze der tatsächlichen Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung darstellen.

6. Zusammenfassung und Ausblick

Die Verteilungssituation in Deutschland ist durch ein zunehmendes Maß an Ungleichheit gekennzeichnet. Das Wohlstandsgefälle zwischen West- und Ostdeutschland - 1993 lag das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen in den neuen Ländern nach Kaufkraftbereinigung um ca. ein Viertel unter dem Westniveau - birgt sozialen Sprengstoff. Hinzu kommt eine Verschärfung des Verteilungsproblems auch innerhalb der alten Bundesländer. So ist der Anteil der Personen (in Haushalten mit deutscher Bezugsperson) mit weniger als der Hälfte des im Westen erreichten durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens von 1988 bis 1993 um 1,7 Prozentpunkte auf 10,5% gestiegen. Die Dynamik in der Verteilungsentwicklung hat sich gegenüber dem vorangegangenen Fünfjahreszeitraum (1983 bis 1988) verstärkt. Angesichts einer weiter gestiegenen Arbeitslosigkeit, Einschränkungen bei den Lohnersatzleistungen und Arbeitsförderungsmaßnahmen sowie ausbleibender Anpassungen von Wohngeld und Sozialhilfe an die Preisentwicklung muß davon ausgegangen werden, daß sich die Verteilungssituation für einen weiten Bevölkerungskreis seit 1993 noch zugespitzt hat. Dies sollte bei allen Überlegungen zu steuer- und sozialpolitischen Reformen berücksichtigt werden.

³⁷ Die bei den Nettoäquivalenzeinkommen umgekehrte Richtung der Abweichungen zwischen EVS- und SOEP-Verteilungsergebnissen deutet darauf hin, daß die Strukturen der in Tabelle 3 ausgewiesenen Einkommenschichten nach Haushaltstypen in den beiden Datenquellen unterschiedlich sind.

Literaturverzeichnis

Becker, Irene (1995): Stabilität in der Einkommensverteilung - Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung. Arbeitspapier Nr. 6 des EVS-Projekts, Frankfurt a. M..

Becker, Irene, Richard Hauser (1995): Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren. In: Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Wirtschaftsforschung (Applied Economics Quarterly), 41. Jg., Heft 4, S. 308-342.

Becker, Irene (1997a): Die Entwicklung von Einkommensverteilung und Einkommensarmut in den alten Bundesländern von 1962 bis 1988. In: Becker, Irene, Richard Hauser (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt a. M./New York, S. 43-61.

Becker, Irene (1997b): Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland: zunehmende Spaltung der Gesellschaft? In: WSI-Mitteilungen, 50. Jg., Heft 10/1997, S. 690-700.

Becker, Irene, Richard Hauser (1997) (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt a. M./New York.

Faik, Jürgen (1995): Äquivalenzskalen. Theoretische Erörterung, empirische Herleitung und verteilungsbezogene Anwendung für die Bundesrepublik Deutschland. Berlin.

Faik, Jürgen (1997): Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen - Eine Modifizierung der Sozialhilfeskala. In: Becker, Irene, Richard Hauser (Hrsg.): Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt a. M./New York, S. 13-42.

Frick, Joachim, Peter Krause, Gert Wagner (1997): Einkommensverteilung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1997. Daten und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe Band 340, Bonn, S. 502-514.

Guttman, Edeltraud (1997): Lebensverhältnisse von Einpersonenhaushalten. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/97, S. 418-427.

Habich, Roland, Peter Krause (1997): Armut. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1997. Daten und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe Band 340, Bonn, S. 515-525.

Hauser, Richard (1996): Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wohlfahrtsmessung - Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel, Band 29 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart, S. 13-38.

Hauser, Richard (1997): Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern 1990 bis 1995. In: Becker, Irene, Ri-

chard Hauser (1997) (Hrsg.), Einkommensverteilung und Armut. Deutschland auf dem Weg zur Vierfünftel-Gesellschaft?, Frankfurt a. M./New York, S. 63-82.

Hauser, Richard, Irene Becker (1996): Die Entwicklung der personellen Verteilung der Einkommen in West- und in Ostdeutschland 1973 bzw. 1990 bis 1994. In: Sozialer Fortschritt, 45. Jg., Heft 12, S. 285-293.

Hauser, Richard, Irene Becker (1997): The development of income distribution in the Federal Republic of Germany during the 1970s and 1980s. In: Gottschalk, Peter, Björn Gustafsson, Edward Palmer (Hrsg.), Changing patterns in the distribution of economic welfare. An international perspective, Cambridge, S. 184-219.

Hauser, Richard, Irene Becker (1998): Polarisierungstendenzen der Einkommensverteilung. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Einkommen und Vermögen in Deutschland. Messung und Analyse. Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik, Stuttgart (im Druck).

Hauser, Richard, Jürgen Faik (1996): Strukturwandel der unteren Einkommenschichten in der Bundesrepublik Deutschland während eines Vierteljahrhunderts - eine Untersuchung auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben unter Berücksichtigung der in der Sozialhilfe implizierten Bedarfsgewichte und der Änderung der Unterkunftskosten -. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit. Frankfurt a. M..

Hertel, Jürgen (1997): Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte 1993. Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1997, S. 45-58.

Kaiser, Joachim (1997): Wirtschaftliche und soziale Lage von Niedrigeinkommensbeziehern. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1997, S. 653-662.

Krause, Peter, Gert Wagner (1997): Einkommens-Reichtum und Einkommens-Armut in Deutschland. Ergebnisse des Sozio-ökonomischen Panels. In: Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.), Reichtum in Deutschland. Die Gewinner der sozialen Polarisierung, Frankfurt a. M./New York, S. 65-88.

Plug, Erik J. S., Peter Krause, Bernard M. S. Van Praag, Gert G. Wagner (1997): Measurement of Poverty - Exemplified by the German Case. In: Ott, Notburga, Gert G. Wagner (Hrsg.), Income Inequality and Poverty in Eastern and Western Europe, Heidelberg, S. 69-89.

Pöschl, Hannelore (1993): Werbung und Beteiligung der Haushalte an der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993. In: Wirtschaft und Statistik, Heft 6/93, S. 385-390

Riede, Thomas, Dieter Emmerling (1994): Analysen zur Freiwilligkeit der Auskunftserteilung im Mikrozensus. Sind Stichprobenergebnisse bei freiwilliger Auskunftserteilung verzerrt? In: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/94, S. 733-742.

Schäfer, Claus (1997): Verteilungspolitik: Chronik eines angekündigten politischen Selbstmords. In: WSI-Mitteilungen, 50. Jg. Heft 10/97, S. 669-689.

Schupp, Jürgen, Gert Wagner (1991): Die Ost-Stichprobe des Sozio-ökonomischen Panels. In: Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ (Hrsg.), Lebenslagen im Wandel: Basisdaten und -analysen zur Entwicklung in den Neuen Bundesländern, Frankfurt a. M. u. a., S. 25-41.

Statistisches Bundesamt (1994): Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen und Einkommensarten - Aktualisierte Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die Jahre 1972 bis 1993, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (1997a): Statistisches Jahrbuch 1997, Stuttgart.

Statistisches Bundesamt (1997b): Wirtschaftsrechnungen, Fachserie 15, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 4, Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte, Stuttgart.

Wagner, Gert, Jürgen Schupp, Ulrich Rendtel (1994): Das Sozio-ökonomische Panel (SOEP) - Methoden der Datenproduktion und -aufbereitung im Längsschnitt. In: Hauser, Richard, Notburga Ott, Gert Wagner (Hrsg.), Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik, Band 2, Erhebungsverfahren, Analysemethoden und Mikrosimulation, Berlin, S. 70-112.

Arbeitspapiere des EVS-Projekts
„Personelle Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland“
(Stand: Februar 1998)

Arbeitspapier Nr. 1: The Development of the Income Distribution in the Federal Republic of Germany during the Seventies and Eighties (Richard Hauser und Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 2: Die Entwicklung der Einkommenslage von Familien über zwei Dekaden - einige empirische Grundlagen zur Würdigung der deutschen Familienpolitik (Richard Hauser)

Arbeitspapier Nr. 3: Die Entwicklung der Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren (Irene Becker und Richard Hauser)

Arbeitspapier Nr. 4: Die Veränderung der personellen Einkommensstruktur in der Bundesrepublik Deutschland (Uwe Fachinger und Jürgen Faik)

Arbeitspapier Nr. 5: Kostenelemente eines Bürgergeldmodells (Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 6: Stabilität in der Einkommensverteilung - Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland bis zur Wiedervereinigung (Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 7: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung (Richard Hauser)

Arbeitspapier Nr. 8: Did Earnings Inequality in the Federal Republic of Germany Increase from the 1960s to the 1980s? (Irene Becker)

Arbeitspapier Nr. 9: Einkommensverteilung und Armut in Deutschland von 1962 bis 1995 (Irene Becker und Richard Hauser)

Arbeitspapier Nr. 10: Modifizierte Sozialhilfe - Bedarfsskalengewichte (Richard Hauser und Jürgen Faik)

Arbeitspapier Nr. 11: Strukturwandel der unteren Einkommensschichten in der Bundesrepublik Deutschland während eines Vierteljahrhunderts (Richard Hauser und Jürgen Faik)

Arbeitspapier Nr. 12: Abgaben- und Transfersystem wirkt Polarisierungstendenzen entgegen Kernel Density-Schätzungen auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1973 bis 1988 (Irene Becker und Richard Hauser)

Arbeitspapier Nr. 13: Zur personellen Einkommensverteilung in Deutschland 1993:
Fortsetzung des Trends zunehmender Ungleichheit
(Irene Becker)